

Zugereisten auf der Spur

Osnabrücker Institut maßgebend in Wanderungsforschung

Osnabrück (das). Dass die deutsche Ausländerpolitik in der Sackgasse steckte, war Ende der achtziger Jahre nicht nur für Experten sichtbar. Konsequenzen für die eigene Arbeit haben damals aber nur wenige gezogen. Anders ein halbes Dutzend Sozialwissenschaftler an der Universität Osnabrück: Seit zehn Jahren arbeitet das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) erfolgreich, dessen Gründungsvater der Neuzeithistoriker Klaus Bade ist.

Zurzeit arbeiten in der Einrichtung, die gestern im Osnabrücker Schloss mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth ihr Jubiläum feierte, neun Professoren aus sieben Disziplinen – von Geschichts-, Sprach- und Rechtswissenschaft über Geografie und Demografie bis zu Pädagogik, Psychologie und Soziologie. Hinzu kommen 14 weitere Mitglieder, sogenannte „Fellows“, an Hochschulen in Europa und den USA. Die Volkswagen-Stiftung unterstützt das Institut durch eine Stiftungsprofessur.

Mit der Publikation von bereits mehr als 40 Bänden in drei Schriftenreihen seit Mitte der neunziger Jahre ist das IMIS nach dem Urteil von Experten eines der produktivsten Migrationsforschungsinstitute weltweit. „Wanderungserfahrungen gibt es in jedem europäischen Land, schließlich hat sich der Mensch als Wanderer weltweit ausgebreitet – unsere Vor-

fahren sind alle Zugereiste“, sagt Bade. Die deutsche Politik akzeptiert nach Ansicht des Historikers mehr und mehr die Realität der Zuwanderung. „Heute fordern viele, was wir in den achtziger Jahren geschrieben haben.“ Daran sei das IMIS nicht ganz unschuldig – Institutsmitglieder haben mit Gutachten für Ministerien, Parteien und Verbände vielfältig auf politische Entscheidungsträger gewirkt. Trotzdem gebe es bis heute eine konfliktträchtige Aufteilung der verschiedenen Einwanderergruppen. „Für Asylbewerber ist das Innenministerium zuständig, für Gastarbeiter das Arbeitsministerium, für Spätaussiedler das Bundesverwaltungsamt.“

Bade hat deshalb als Gutachter für die von Rita Süßmuth geleitete Zuwanderungskommission vorgeschlagen, die verschiedenen Gruppen endlich in einer Behörde zu betreuen. Die Einrichtung eines Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geht ebenso auf den Vorschlag des Forschers zurück wie ein Bundesforschungsinstitut für Bevölkerung, Migration und Integration. Die CDU-Politikerin Süßmuth bekräftigte bei der Jubiläumsfeier ihre Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung. Sie kündigte an, bei der Abstimmung im Bundestag nicht mit ihrer Fraktion zu votieren, wenn die Union dem umstrittenen Punktesystem zur Regelung der Zuwanderung nicht folge.